

Vorwort

Wissen kann als eines der am meisten und intensivsten erforschten Themenbereiche angesehen werden, wobei seine Bedeutung für diverse gesellschaftliche Akteure als sehr hoch eingeschätzt wird. Es wird als Quelle und Medium für individuelle, soziale, wirtschaftliche, technologische Weiterentwicklung, als Garant für Macht, Handlungs- und Entscheidungsoptionen, Wachstum, Erfolg, Wohlstand, Wettbewerbsvorteile, Effizienz- und Produktivitätsgewinne usw. gesehen (dazu z. B. Nonaka/Takeuchi 1995; Willke 1998, 2004; Davenport/Prusak 1998; Probst/Raub/Romhardt 2006).

Zur „Dark Side of Knowledge“ (Seidl 2007), dem Nichtwissen, existieren dagegen bislang vergleichsweise wenig Forschungen. Bei den vorliegenden Untersuchungen stehen die Relevanz und die vielfältigen positiven und negativen Auswirkungen im Vordergrund (z. B. Simmel 1908; Moore/Tumin 1949; Davis 1960; Schneider 1962; Popitz 1968; Shackle 1968; Loasby 1976; Ravetz 1986; Merton 1987; Beck 1988; Ravetz 1990; Luhmann 1992; Proctor 1995; Wehling 2002; Böschen/Schneider/Lerf 2004; Strulik 2004; Schneider 2006; Dorniok 2010 Mohe et al. 2010); eine Thematisierung in Bezug auf Organisationen (Strulik 2004; Schneider 2006; Zeuch 2007; Dorniok/Mohe 2009, 2010a, b; Dorniok 2012a) und wissensintensive Dienstleister, wie Unternehmensberater (z. B. Dorniok 2012c; Dorniok/Mohe 2010 c, d, e; Dorniok/Mohe 2011), steht allerdings erst am Anfang.

Diese Forschungslücke ist gerade in Bezug auf die Wissensintensivität vieler Organisationen verwunderlich und kann, wie in anderen Disziplinen und Gebieten bereits untersucht wurde (z.B. Technikfolgenforschung, Risikoforschung etc.), negative Konsequenzen (wie z.B. die Schädigung der Ozonschicht durch FCKW, dazu Böschen 2000) bewirken. Besonders bei wissensintensiven Organisationen wie z.B. Unternehmensberatungen sind spezifische (Entscheidungs-) Situationen von Bedeutung, in denen Wissen nicht ausreichend (in Art, Qualität und Quantität) vorliegt oder vollkommen fehlt (vgl. Dorniok 2012b). Es kann dabei oftmals nicht abschließend geklärt werden, ob alles Notwendige gewusst wird und ob das Wissen in seiner Qualität und Quantität hinreichend ist, um die Zwecke, für die es eingesetzt werden soll, zu erzielen. Darüber hinaus kann aus dem Sichtbarwerden von Nichtwissen eine Angst vor dem Verlust der ermöglichenden Wirkungen des Wissens resultieren, denn das Nichtwissen lässt die Grenzen von Wissen, die Unsicherheit des Wissens, deutlich werden, was wiederum eine negative Konnotation von Nichtwissen verstärkt. Wenn man davon ausgeht, dass Entscheidungen auf der Grundlage von spezifischem Wissen und einem gleichzeitig bestehenden (identifiziertem oder unerkannten) Nichtwissen entwickelt

und entschieden werden, entstehen durch dieses Nichtwissen unbekannte Risiken und Gefahren für die Organisation und ihre Beschäftigten. Es resultieren Ungewissheiten und Unsicherheiten über Folgen von Entscheidungen und Handlungen.

Außerdem besteht die Problematik, dass Auswirkungen, die bestimmten vorangegangenen Handlungen oder Ereignissen zugerechnet werden können, erst zu einem späteren Zeitpunkt erkannt werden können. Bei einem unerkannten Nichtwissen wird dagegen gar nicht erst gewusst, dass etwas nicht gewusst wird und was nicht gewusst wird; daraus resultierende Folgen, Risiken und Gefahren bleiben unbekannt und können nicht eingeschätzt werden. In diesen Fällen bleibt das Nichtwissen unerkannt; erst durch eingetretene Konsequenzen kann Wissen über die Auswirkungen zeitlich länger zurückliegender Handlungen und Ereignisse generiert werden.

Die vorliegende Arbeit will diese Forschungslücke bearbeiten und die Differenz zwischen Wissen und Nichtwissen als ein zusammenhängendes Phänomen erforschen, dabei soll die häufig zu beobachtende Präferenzierung der Seite des Wissens gegenüber Nichtwissen hinterfragt werden. Ergänzend zur Diskussion um positive Folgen von Wissen wird nach negativen Folgen von zu viel Wissen und von zu wenig Nichtwissen für Individuen, Organisationen und soziale Zusammenhänge gefragt und Nichtwissen als eine funktional äquivalente Größe (mit positiven Wirkungen) erörtert. Die aktuelle Diskussion reflektiert (gerade aufgrund diverser positiver Wirkungen von Wissen) die Nachteile, Gefahren und dysfunktionalen Aspekte einer übermäßigen Generierung von Wissen und die Chancen von fehlendem Wissen (im Hinblick auf wichtige soziale Funktionen und individuelle Konsequenzen) nur unzureichend. Allerdings kann neues Wissen wie wissenschaftliche und technische Verfahren und Entwicklungen auch unvorhersehbare und unkalkulierbare Risiken und Gefahren erzeugen (besonders Beck et al. 1996), etwa aus neuen Möglichkeiten, deren Folgen unerforscht sind, z.B. negative Neben- und Folgewirkungen aus wissenschaftlich-technischen Neuerungen und Entwicklungen, die erst bei eingetretenem Schaden entdeckt werden (etwa bei Asbest, Benzol, Contergan, Holzschutzmitteln, BSE, ökologische Krise etc., hierzu vor allem Beck et al., 1996; Wehling, 2006).

Aufgrund dessen wird (schwerpunktmäßig am Beispiel von entgrenzten Wissensbemühungen im Arbeitskontext, vornehmlich zur Überwachung von Beschäftigten) untersucht, welche positiven Konsequenzen eingeschränktes Wissen oder sogar ein Fehlen von Wissen für soziale und für individuelle Bereiche haben kann und warum in der Folge ein reflektierter gesellschaftlicher Umgang mit Wissen und Nichtwissen, ein Recht auf Nichtwissen (und damit eine Balance, ein Ausgleichen von Wissen und Nichtwissen) geschützt und institutionalisiert werden sollte und wie dieses Recht funktional begründet und fundiert werden kann. Dies ist deshalb so bedeutsam, weil poten-

tielle negative Konsequenzen von Nichtwissen diverse Bereiche betreffen, obwohl ein Recht auf Nichtwissen und Forderungen für ein Recht auf Nichtwissen bislang vor allem in der Humanmedizin und in den Rechtswissenschaften in Bezug auf die Prädiagnostik thematisiert werden (z.B. Jonas 1985; Daele 1985; Donner & Simon 1990; Cramer 1991; Wiese 1991; Stumper 1995; Meyer 2001; Zimmermann-Acklin 2002). Auf vielen Gebieten besteht hinsichtlich der identifizierten Probleme hingegen noch keinerlei Problembewusstsein. Zudem haben rechtliche Regelungen, ethische Grundsätze und moralische Begründungen für ein Recht auf Nichtwissen nicht immer genügend Akzeptanz. So werden normative Begründungen für einen Verzicht auf Wissen ausgehebelt, wenn zusätzliches Wissen als nützlicher angesehen wird. Dies wird auch an aktuellen Entwicklungen entgrenzter Wissensbemühungen zum Zwecke der Überwachung von Beschäftigten im Arbeitskontext (über Erhebungs- und Überwachungsinstrumente zur Generierung und Verarbeitung von Wissen) und diversen „Datenskandalen“ mit Verstößen gegen rechtliche Regelungen, deutlich. Funktionalen Überlegungen und Argumenten wird in vielen Bereichen dagegen eine größere Gültigkeit zugeschrieben, weshalb eine verstärkte Sensibilisierung (in Bezug auf die Überwachung und Generierung von Wissen über Beschäftigte) mit funktionalen Argumenten erreicht werden könnte, wenn gezeigt wird, dass bestimmte Wissensbemühungen (der Organisation) mehr schaden, als sie nützen.

Es wird herausgearbeitet, wie mit Wissen und Nichtwissen umgegangen werden sollte und dass Nichtwissen besonders durch seine Verdeckungsleistungen ein individueller und sozialer Mechanismus zur Ermöglichung von Möglichkeiten ist und damit eine funktionale Wirkung hat. Folglich kann zu viel und bestimmtes Wissen bzw. insgesamt die Ausräumung eines Zustandes des Nichtwissens nicht nur ethische Bedenken, sondern zudem negative Auswirkungen für Individuen, Organisationen und soziale Zusammenhänge auslösen (z.B. entgrenzte Überwachung, Handlungszwänge, erhöhte Verarbeitungslasten, Unsicherheiten, Fehlerhaftigkeiten, Stigmatisierungen, Blockierungen, Exklusionen etc.).

Durch eine verstärkte Durchdringung des Sozialen mit Wissen (z.B. wenn sich die Informations- und Wissenslage etwa durch übermäßige Überwachungen so erweitert, dass nur geringe Intransparenz besteht), einer „Transparenzierung“ von individuellen und sozialen Gegebenheiten, Konstellationen und Beziehungen werden unter Umständen Sozialität, Interaktion, soziales Handeln, Austausch und Individualität gefährdet oder sogar unmöglich gemacht, weil die (individuell und gesellschaftlich) ermöglichenden positiven Auswirkungen von Nichtwissen wegfallen. Durch die entstehende Transparenz ist eine verstärkte Rationalisierung von sozialen Prozessen zu erwarten,

wodurch die Gefahr bestünde, dass Gemeinschaft nur noch primär unter funktionalen Gesichtspunkten bewertet und genutzt werden würde.

Nichtwissen kann somit eine funktionale Qualität haben und auf der Basis dieser Erkenntnisse kann gezeigt werden, dass nicht nur ethische, moralische und rechtliche Überlegungen für ein Recht auf Nichtwissen sprechen, sondern auch funktionale Aspekte. Zur Erhaltung von Sozialem kann so funktional die Notwendigkeit einer verstärkten Auseinandersetzung mit Wissen, Nichtwissen, ihren Folgen und eines jeweils individuell, situations- sowie gesellschaftsangepassten Mischungsverhältnisses, einer Balance zwischen Wissen und Nichtwissen und damit eines institutionalisierten bzw. praktizierten Rechts auf Nichtwissen begründet werden, welches die beschriebenen Folgewirkungen reflektiert, die eruierten negativen Konsequenzen von Wissen verhindert und die positiven Folgen von Nichtwissen aktiv herstellt. Die Vorrangposition von Wissen gegenüber Nichtwissen und die unkritische Behandlung der Konsequenzen von Wissen bedürfen somit einer grundlegenden Überprüfung.

Ein institutionalisiertes und praktiziertes Recht auf Nichtwissen, also eine Kultivierung von Wissens- und Nichtwissensbemühungen, kann aufgrund rein rational analytischer Überlegungen und funktionaler Konsequenzen für Individuum und Gesellschaft nützlicher sein als ein unreguliertes und unbegrenztes Wissen-Schaffen und einen bedeutenden Anteil daran haben, die individuelle und soziale Operationsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Durch einen Einbezug der funktionalen Aspekte in die Diskussion kann eine Sensibilisierung und ein grundlegendes Umdenken im Umgang mit Wissen und Nichtwissen in Bereichen erreicht werden, in denen Funktionalität im Vordergrund steht und zudem kann auf dieser Basis ein Recht auf Nichtwissen begründet und institutionalisiert werden. Insofern wird für ein Recht auf Nichtwissen im Sinne der Möglichkeit plädiert, eine (funktionale) Balance von Wissen und Nichtwissen herstellen zu können.

Dr. Daniel Dorniok

Die Funktionalität eines Rechts auf Nichtwissen

Dorniok, D.

2015, XIV, 43 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-09737-0